

Atomkraftwerke bis zum Ende der Krise betreiben

Erstmals bezieht der neu formierte Sachverständigenrat Stellung: Habecks Vorstoß für den Reservebetrieb von zwei Atomkraftwerken halten die Wirtschaftsweisen für nicht zielführend. Sie appellieren an Pragmatismus und Kompromissbereitschaft, nach dem Motto: Tempolimit gegen Atomkraftverlängerung.

Von Veronika Grimm, Monika Schnitzer, Achim Truger, Ulrike Malmendier, Martin Werding (v.l.)

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zu einer massiven Beeinträchtigung der Energieversorgung in Europa geführt. Nach einer schrittweisen Verringerung der Erdgaslieferungen hat Russland mit der Schließung von Nord Stream 1 nun de facto einen Lieferstopp vorgenommen. Was im Frühjahr noch als Risiko eingestuft wurde, ist damit Wirklichkeit geworden. Darüber hinaus hat Europa ein Embargo gegen russische Kohle verhängt und einen Importstopp für russisches Öl ab Ende des Jahres beschlossen. Insbesondere für Erdgas, Kohle und Strom hat die Verringerung des Angebots zu starken Preisanstiegen beigetragen, die die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen stark belasten.

Der Sachverständigenrat hat bereits mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, Energie einzusparen und insbesondere den Gasverbrauch deutlich zu reduzieren. Einerseits, um die Abhängigkeit von russischen Energieträgern zu beenden, und andererseits, um im Winterhalbjahr eine Gasmangellage zu vermeiden. Zwar sind die Gasspeicher mittlerweile gut gefüllt und können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit im Winter leisten. Doch selbst wenn das Füllstandsziel von 95 Prozent zum 1. November 2022 erreicht wird, würden die Speicher ohne Anpassungsmaßnahmen im Winter gerade einmal für zweieinhalb Monate ausreichen. Umso dringlicher ist es angesichts des Lieferstopps aus Russland, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Gasverbrauch deutlich zu reduzieren und alternative Lieferquellen zu erschließen.

Bei den Anreizen, den Gasverbrauch zu reduzieren, sind gerade mit Blick auf die Privathaushalte weitere Maßnahmen dringend geboten. Und während es im Unternehmensbereich deutliche Reduktionen und Substitutionen des Gasverbrauchs gegeben hat, fehlt eine ähnliche Entwicklung im Bereich der Privathaushalte. Zwar hat sich der deutsche Gasverbrauch seit Beginn des Angriffskrieges deutlich reduziert und lag bis einschließlich August in Summe etwa 11,5 Prozent unter dem Vorjahreswert. Doch um gut über den Winter zu kommen,

müsste der Gasverbrauch auch unter Berücksichtigung der neuen Importkapazitäten um insgesamt etwa 20 Prozent reduziert werden. Um private Haushalte zur Einsparung von Gas und Strom zu bewegen, müssen von der Politik deutlichere Signale gesendet werden. Zwar dürften Appelle eine Signalwirkung entfalten und können eine wichtige Rolle für intrinsische Motivation und gesellschaftlichen Zusammenhalt spielen; auch ordnungsrechtliche Maßnahmen können einen Beitrag leisten. Sparanreize durch Preissignale können sie jedoch nicht ersetzen. Die hohen Gaspreise sollten an die Endverbraucher weitergereicht werden, die im Gegenzug pauschal entlastet werden müssten.

Bei der Erschließung alternativer Lieferquellen für Erdgas wurden bereits gute Fortschritte gemacht. Sollte die Infrastruktur für Flüssiggasimporte wie geplant zum Jahreswechsel 2022/23 einsatzbereit sein, kann sie einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Die laut aktuellen Planungen Anfang des Jahres 2023 bereitstehende Importkapazität könnte gut ein Viertel der letztjährigen Importe aus Russland ersetzen. Bis Ende 2023 soll diese Kapazität knapp die Hälfte der früheren Importmenge abdecken.

» Die aktuelle Energiekrise dürfte bis mindestens zum Sommer 2024 anhalten.

Doch wie kann die immer noch verbleibende Lücke im Energiebedarf über die kommenden Herbst- und Wintermonate geschlossen werden? Um die Gasverstromung weiter zu reduzieren, die stark gestiegenen Strompreise zu dämpfen und die Verfügbarkeit von Energie zu erhöhen, sollten alle Möglichkeiten in Betracht gezogen und jenseits ideologischer Grabenkämpfe diskutiert werden. Dazu gehört auch die Nutzung aller kurzfristig verfügbarer

Erzeugungskapazitäten, um das Stromangebot auszuweiten. Daher sollten die Kohlekraftwerke aus der Reserve geholt und die verbliebenen Atomkraftwerke zumindest bis zur nachhaltigen Überwindung der Energiekrise zunächst weiterbetrieben werden.

» Die hohen Gaspreise sollten an die Endverbraucher weitergereicht werden, die im Gegenzug pauschal entlastet werden müssten.

Der zuletzt vorgeschlagene Betrieb zweier Atomkraftwerke in der Reserve bis Mitte April ist allerdings nicht zielführend. So fallen nur die mit der Bereithaltung verbundenen Kosten an, ohne dass der Nutzen aus dem Betrieb realisiert wird. Zudem dürfte die aktuelle Energiekrise, während der die Kraftwerke einen Beitrag zu einem größeren Stromangebot und etwas geringeren Strompreisen leisten können, bis mindestens zum Sommer 2024 anhalten.

Mittelfristig wird ein weiterer Aus- und Umbau der Stromversorgung notwendig sein, um angesichts des Strombedarfs, der bis zum Jahr 2030 laut Einschätzung der Bundesregierung um etwa 30 Prozent steigt, die Strompreise zu verringern und die Stromerzeugung klimafreundlicher zu machen. Zum einen wird es darauf ankommen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Dazu sollten dringend planungsrechtliche Hürden reduziert und Verfahren vereinfacht werden. Zum anderen werden mittelfristig Investitionen in zusätzliche Gaskraftwerke notwendig, um möglichst schnell die Kohle- und Atomkraftwerke zu ersetzen. Denn es gilt, den Umfang der Kohleverstromung zu begrenzen. Steigen nämlich deshalb die CO₂-Preise stark an, könnte sich Druck aufbauen, den europäischen Emissionshandel aufzuwei-

chen. Die geplante Abschöpfung von Zufallsgewinnen könnte die Anreize zum Ausbau der Stromversorgung reduzieren, weshalb ein Eingriff in das Strommarktdesign sorgfältig abgewogen werden muss.

Auch die besten Maßnahmen werden den Anstieg der Energiepreise aber nicht vollständig bremsen können. Die hohen Energiepreise belasten insbesondere Menschen mit geringen und niedrigen mittleren Einkommen stark. Diese Menschen sollten zielgerichtet entlastet werden. Dabei sollten alle Maßnahmen so ausgestaltet sein, dass Preissignale nicht konterkariert werden. Die Ausweitung des Wohngelds und die zusätzliche Heizkostenpauschale sind sinnvoll, um Geringverdiener zu entlasten. Daneben sieht das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung aber viele Maßnahmen vor, deren Wirkung und Umsetzung noch unklar ist oder die nicht zielgenau wirken. Insbesondere zur Entlastung der Gaskunden sollten schnellstmöglich zielgenaue Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Es ist dringlicher denn je, schnellstmöglich die Energiesicherheit zu steigern und den Energieverbrauch zu senken. Dabei sind Pragmatismus und Kompromissbereitschaft von allen Seiten gefragt. So könnte eine gemeinsame Einigung etwa auf ein Tempolimit und einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zeigen, dass sich alle Beteiligten im Bestreben, die Energiekrise zu überwinden, entgegenkommen. Zusätzlich zu den notwendigen Energiesparanreizen könnte die Politik damit ein starkes Signal setzen, um Unternehmen und Haushalte zu größeren Anstrengungen beim Einsparen von Energie zu bewegen und die Dringlichkeit der Lage zu verdeutlichen.

Veronika Grimm (Universität Erlangen-Nürnberg), **Ulrike Malmendier** (University of California, Berkeley), **Monika Schnitzer** (Ludwig-Maximilians-Universität München), **Achim Truger** (Universität Duisburg-Essen) und **Martin Werding** (Ruhr-Universität Bochum) bilden den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.